

1 **„Es geht um alles“:**

2 **Die Linke – sozialistische Menschenrechtspartei**
3 **in Zeiten des Rechtsrucks**

4 Die politische Situation im Land nach den Europawahlen und den drei ostdeutschen Landtagswahlen
5 gibt Anlass zur Sorge. Nicht nur das weitere Erstarren der im Kern faschistischen AfD, sondern auch
6 die zunehmend radikale Politik gegen Migrant:innen und Geflüchtete sowie gegen Armutsbetroffene
7 von weiten Teilen des nicht rechtsextremen Politikbetriebs macht für viele Betroffene diese Sorge zu
8 realer Angst. Angst vor Diskriminierung und Ausgrenzung, vor immer schwierigeren
9 Lebensumständen, Angst vor Gewalt, vor Abschiebung, Angst um die eigene Zukunft und die der
10 Kinder.

11 Der Ampel-Koalition in Berlin vertrauen nur noch drei Prozent der Befragten, davon profitieren in den
12 Umfragen im Moment aber nicht wir als soziale Opposition, sondern die antisoziale Union, die
13 rechtsextreme AfD und das zunehmend rechtskonservativ auftretende BSW.

14 Die Linke leidet darunter, dass ihr selbst im Kernbereich ihrer Politik – soziale Gerechtigkeit – kaum
15 noch eine Gestaltungsmacht zugetraut wird. Viele Wähler:innen wissen nicht einmal, dass Die Linke
16 noch existiert.

17 Auch die großen Mobilisierungen gegen Rechts in der ersten Jahreshälfte haben nicht dazu geführt,
18 die Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben. Politiker:innen, die noch im Frühjahr auf
19 Massenkundgebungen gegen die Deportationspläne der extremen Rechten starke Worte gefunden
20 haben, beteiligen sich jetzt an dem Wettbewerb, wer das Land schneller und effektiver abschottet
21 und wer schneller, rücksichtsloser und entschlossener Menschen entrechtet und abschiebt.

22 CDU-Politiker verbreiten Parolen, wie wir sie bisher nur von AfD-Funktionär:innen gehört haben, die
23 SPD-Innenministerin Faeser versucht selbst einen Hardliner wie Herbert Reul rechts zu überholen.
24 Und die Grünen kaufen die Apotheken leer, weil sie so viele Bauchschmerzen haben...

25 Sozial Benachteiligte in diesem Land sind neben Menschen mit Migrationsgeschichte der zweite
26 Sündenbock. Sie werden als zu teuer, zu faul und zu dumm verächtlich gemacht, ihre Bedürfnisse
27 werden vernachlässigt und als gegen die Interessen der „arbeitenden Mitte“ ausgespielt. Die
28 Kürzungen in den Haushalten von Bund und Land gehen vor allem zu ihren Lasten. So kürzt die
29 Bundesregierung die Mittel für Inklusion und Teilhabe am Arbeitsmarkt für Menschen mit
30 Behinderungen um 40%, die Mittel für Arbeitsmarktintegration um 30% und erlegt den „Bürgergeld“-
31 Beziehenden eine Nullrunde auf, was angesichts der Inflation eine reale Kürzung der Regelsätze
32 bedeutet. Auch die NRW-Landesregierung kürzt die Mittel für Arbeitsmarktteilhabe und Inklusion.
33 Diese Politik zu Lasten der Schwächsten ist menschenverachtend.

34 Die Linke ist derzeit die einzige Partei, die sich diesem Wettbewerb der Schäbigkeit entgegenstemmt
35 und das ist gut so.

36 Nordrhein-Westfalen ist das Flächenbundesland mit der höchsten Armutsquote (lt. Paritätischer
37 Armutsbericht 2024):

38 „Von den 16 Bundesländern konnten acht ihre Armut gegenüber dem Vorjahr etwas oder sogar sehr
39 deutlich abbauen – darunter bezeichnenderweise diejenigen, die ohnehin bereits die geringste Armut
40 aufweisen. Dagegen nahm in sieben Bundesländern die Armut zu, hierunter Länder mit ohnehin sehr
41 hohen Armutsquoten wie Bremen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern.“

42 Auch innerhalb von Nordrhein-Westfalen haben sich die Lebensverhältnisse stark
43 auseinanderentwickelt, am ärmsten sind hier die Raumordnungsregionen Emscher-Lippe und
44 Duisburg/Essen, am wohlhabendsten Arnsberg und Münster. Wäre das Ruhrgebiet ein eigenes
45 Bundesland, würde es bei der Armutsquote und beim SGB-II-Bezug das Armutsranking der
46 Bundesländer anführen.

47 Die Entlastungspakete der Bundesregierung kamen im Wesentlichen Armutsbetroffenen und
48 Geringverdienenden nicht zugute. Auf das versprochene Klimageld warten die Menschen immer
49 noch. Die Kindergrundsicherung ist als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet. Und schwarz-
50 grüne Landesregierung fährt gerade den sozialen Arbeitsmarkt vor die Wand und lässt
51 Langzeiterwerbslose ins Bergfreie fallen.

52 Währenddessen genehmigten sich die Landtagsabgeordneten in NRW 549 Euro Plus bei den Diäten
53 und die Bundestagsabgeordneten sogar 635,50 Euro – mehr als der Regelsatz für alleinlebende
54 Bürgergeldbezieher:innen. Allein die Abgeordneten der Linken stimmten im Bundestag dafür, diese
55 Diätenerhöhung 2024 auszusetzen.

56 Die Linke wird also dringend gebraucht: nicht nur als parlamentarisches Korrektiv, sondern als Kraft,
57 die für konkrete Verbesserungen streitet und eine grundlegende Alternative anbietet:

58 Wir sind demokratische Sozialist:innen. Unser Gegner ist der Kapitalismus und unser Ziel ist eine
59 Gesellschaft, in der die Früchte der Arbeit denen zugutekommen, die sie erarbeiten.

60 Wäre Die Linke eine Aktie, so müsste sie unter Börsianer:innen als vollständig unterbewertet gelten.
61 Aktuell befindet sich die größte Repräsentationslücke in der politischen Landschaft genau da, wo Die
62 Linke ist: An der Seite von streikenden Pflegekräften, ausgebeuteten Leiharbeiter:innen, abgezockten
63 Mieter:innen, flaschensammelnden Rentner:innen, Alleinerziehenden, Zugewanderten und
64 Hiergeborenen.

65 Nordrhein-Westfalen als Industrieregion ist wieder einem Wandel unterworfen. Wo im Ruhrgebiet
66 noch Stahl gekocht wird, drohen künftig massenhafte betriebliche Umbrüche um den sozial-
67 ökologischen Wandel zu gestalten. Dabei stehen wir fest an der Seite der Arbeiter:innen in den
68 Industriebetrieben, zeigen unsere praktische Solidarität und kämpfen für die Vergesellschaftung der
69 Schlüsselindustrie wie es Artikel 27 der Landesverfassung vorsieht:

70 *(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung
71 besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.*

72 *(2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.*

73 Auf jeden Fall müssen staatliche Hilfen an strauchelnde Unternehmen immer mit Eigentums- und
74 Mitbestimmungsrechten verbunden werden. Bedingungslose Rettung zum Nutzen der Aktionär:innen
75 ohne Garantien für Beschäftigung, Klima und Umwelt ist kein sinnvolles Konzept.

76 Wir, Die Linke in NRW, stellen uns der Verantwortung, die aus unserer aktuellen Schwäche und der
77 Größe unserer Aufgabe ergibt. Wir beugen uns nicht dem rechten Zeitgeist, um schnelle und flüchtige
78 Zustimmung zu erlangen. Wir wissen: Jedes Zugeständnis an diesen Zeitgeist macht ihn nur stärker.

79 Wir halten dagegen, wenn Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihres
80 Geschlechtes, ihres Alters, wegen einer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder
81 geschlechtlichen Identität benachteiligt, ausgegrenzt, bedrängt, beleidigt und bedroht werden.
82 Menschenrechte sind für uns kein Verschiebebahnhof. Sie gelten überall, für alle gleichermaßen.

83 Wir verteidigen die universellen Menschenrechte im Sinne der Allgemeinen Erklärung der
84 Menschenrechte und die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte. Die Würde des Menschen
85 ist unantastbar.

86 Wir sind die soziale Menschenrechtspartei:

87 Wir kämpfen mit Entschlossenheit auch für soziale Menschenrechte.

- 88 • Das Recht auf gut bezahlte Arbeit zu Bedingungen, die nicht krank machen
- 89 • Das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum
- 90 • Das Recht auf lebenslange Bildung
- 91 • Das Recht auf gute, gesunde und vollwertige Ernährung
- 92 • Das Recht auf Gesundheitsversorgung unabhängig vom Einkommen
- 93 • Das Recht, in einer gesunden Umwelt zu leben und vor der Klimakatastrophe geschützt zu
94 werden
- 95 • Das Recht auf bezahlbare Mobilität

96 Wir kämpfen - für jede:n Einzelne:n und für die Mehrheit der Menschen. Und wir kämpfen auch um
97 jede:n. Unsere Leute, das sind alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um zu leben. Wir
98 unterstützen sie, ihre Menschenrechte zu verwirklichen. Dabei versuchen wir, möglichst viele zu
99 organisieren, um als Klassenpartei unsere Durchsetzungsmöglichkeiten zu erhöhen. Dabei waren wir
100 schon erfolgreich: Mit 11% mehr Mitgliedern im ersten Halbjahr 2024 und anhaltenden Neueintritten
101 auch im zweiten Halbjahr gehen wir gestärkt in das wichtige Jahr 2025.

102 Für uns in NRW stehen im kommenden Jahr wichtige Wahlentscheidungen an:

103 Bei der Kommunalwahl geht es um unsere möglichst flächendeckende Verankerung und Präsenz in
104 Räten und Kreistagen.

105 Die schwarz-grüne Landesregierung und die SPD im Landtag versuchen, uns und andere kleinere
106 Parteien mit einem neuen Kommunalwahlrecht zu schwächen. Sie haben sich extra für NRW einen
107 Berechnungsmodus für kommunale Mandate ausgedacht, der Stimmen für kleine Parteien großzügig
108 in Mandate für die großen umwandeln soll. Das ist undemokratisch und deswegen klagen wir
109 dagegen vor dem Landesverfassungsgericht!

110 Unabhängig vom Ausgang der Verfassungsklage gehen wir selbstbewusst in die Vorbereitung der
111 Kommunalwahl. Wir wollen Kandidat:innen aufstellen, die unsere politischen Ziele vertreten und die
112 in der Arbeitswelt, in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Verbänden, Vereinen, in Schüler:innen-
113 und Studierendenvertretungen, in Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen,
114 Migrant:innen oder Rentner:innen verankert sind. Wir machen unser Angebot zu einer Kandidatur

115 von (noch) parteilosen Menschen auf unseren Listen jetzt offensiv bekannt. Jetzt ist der Zeitpunkt, an
116 dem wir uns gegenseitig kennenlernen müssen, um zu entscheiden, ob wir für fünf Jahre
117 zusammenarbeiten wollen. Kriterien für Kandidierende werden wir ebenso wie die
118 Kommunalpolitische Leitlinien im Frühjahr auf einem Landesparteitag beschließen.

119 Kandidat:innen für den Bundestag werden wir auf einer Landesvertreter:innenversammlung ebenfalls
120 im Frühjahr wählen. Zudem stellen wir unsere Listen für die Regionalräte, RVR, LVR und LWL auf.

121 Die Suche nach geeigneten Kandidat:innen beginnt ebenfalls jetzt. Der Landesvorstand wird
122 gemeinsam mit den Kreisverbänden die Kriterien für Kandidierende anhand der Beschlüsse des
123 Bundesparteitags überarbeiten. Wir wollen eine Landesliste zur Bundestagswahl aufstellen, die die
124 politische und regionale Vielfalt unseres Landesverbandes repräsentiert und die zentralen
125 Schwerpunktthemen glaubwürdig verkörpert. Wir suchen nicht nach Medienstars, sondern nach
126 authentischen Menschen mit Lebenserfahrung, bei denen Reden und Handeln übereinstimmt. Wir
127 gehen diesmal geschlossen in die Wahlkämpfe und stellen Strömungsinteressen hinter die der Partei
128 zurück. Wir stellen eine plurale Liste auf, die die Breite des Landesverbandes repräsentiert denn: Es
129 geht um alles!

130 Das Jahr 2025 steht damit auch unter dem Motto „Die Linke lernt“. Der Bedarf an politischen und
131 praktischen Bildungsangeboten steigt mit der Zahl der Neumitglieder und der neuen Aktiven.
132 Gemeinsam mit der Bundespartei, den Bildungsträgern und den Bildungsverantwortlichen der
133 Kreisverbände erarbeitet der Landesvorstand daher neue Bildungsangebote, auch niedrigschwellige,
134 für Mitglieder, Vorstände, Wahlkampfleitungen und Kandidierende. Vieles allerdings wird „Learning
135 by Doing“ sein müssen, aus Mangel an Zeit und Ressourcen. Es kommt darauf an, sich dessen
136 bewusst zu sein und Kenntnisse und Erfahrungen langjähriger Mitglieder an die „Neuen“
137 weiterzugeben und neue Ideen gemeinsam auszuprobieren. Wir nutzen Bildungsangebote der
138 Bundespartei zum Beispiel zum Haustürwahlkampf.

139 Wir verstetigen unsere Angebote zum inhaltlichen Austausch wie Videokonferenzen zu einzelnen
140 Themen für Mitglieder und Kreisvorstände. Die vom Landesparteitag im Juni 2024 beschlossenen
141 Projekte werden weiter aktiv umgesetzt.

142 Eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung unserer Partei spielt die Landesgeschäftsstelle. Wir
143 entwickeln unsere Landesgeschäftsstelle zu einem Servicezentrum für den ganzen Landesverband
144 fort. Mit dem ausleihbaren Infomobil mit kompletter Aktionsausstattung, mit einem Medienstudio
145 zur Erstellung von Videos und Podcasts, mit einem Tagungsraum mit Videokonferenzmöglichkeiten
146 und mit der Kompetenz, dem Engagement und der Kreativität unserer Mitarbeiter:innen. Wir
147 verbessern unsere Sichtbarkeit in traditionellen und sozialen Medien.

148 Stand im vergangenen Jahr vor allem die Stabilisierung der Kreisverbände nach der Abspaltung im
149 Mittelpunkt, so können wir uns jetzt um die Reaktivierung von (weitgehend) inaktiven
150 Kreisverbänden kümmern. Die Betreuung dieser Kreisverbände ist aufwändig und neben
151 ehrenamtlicher Landesvorstandsarbeit und ggf. Erwerbs- und/oder Familienarbeit kaum zu leisten.
152 Die Bereitschaft dazu geht aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen des letzten Parteitags hervor. Wir
153 sollten konkret überlegen, was gut funktionierende Kreisverbände in der Nachbarschaft zur
154 Reaktivierung schwacher Kreisverbände beitragen können.

155 Wir arbeiten immer noch und immer weiter an einer neuen Parteikultur. Die neue Linke hat klare
156 Positionen, vertritt sie aber nicht mit dem berüchtigten erhobenen Zeigefinger. Wir sind offen für
157 neue und alte Mitglieder und Unterstützer:innen und freuen uns über neue Sichtweisen und Ideen,
158 ohne dass wir sie immer eins zu eins übernehmen müssen. Wir können verlieren, ohne beschämt zu
159 werden und gewinnen, ohne nachzutreten. Wir leben Feminismus und Antirassismus, auch wenn wir
160 uns manchmal gegenseitig daran erinnern müssen, was das bedeutet. Wir kümmern uns umeinander
161 und um diejenigen, die wir vertreten. Wir sind aber explizit kein Wohlfahrtsverband, sondern eine
162 kämpferische Partei. Wir haben Lust auf Revolte und Veränderung, im Hier und Jetzt für übermorgen.
163 Das sind wir:

164 **Wir sind Die Linke. Wir sind NRW. Und wir kommen wieder.**

165 Ab sofort steigen wir in den Wahlkampf ein. Im Bund wie in der Kommune streiten wir fortan
166 gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in
167 Nordrhein-Westfalen denn für uns heißt es nun: Es geht um alles!